

Antrag 79/I/2022

KDV Neukölln

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Klare Kante gegen Angriffskriege - Kriegstreiber aus der SPD

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für ei-
2 ne Reform der steuerlichen Finanzierung der Büros von
3 Altkanzlern einzusetzen. Ziel ist es, die finanzielle Unter-
4 stützung für Gerhard Schröders Büro zu streichen.

5
6 Wir unterstützen die Parteiordnungsverfahren gegen Ger-
7 hard Schröder.

8
9 **Begründung**

10 Während die Bundesregierung und alle demokratischen
11 Parteien in Deutschland inzwischen das Verhalten Putins
12 uneingeschränkt verurteilen, schafft es Altkanzler Ger-
13 hard Schröder weiterhin nicht, sich von seinem indirek-
14 ten Arbeitgeber und gutem Freund Putin zu distanzieren.
15 Nicht nur bleibt er Aufsichtsratsvorsitzender vom Staats-
16 konzern Rosneft, sondern er schreibt in Statements von
17 Fehlern auf beiden Seiten des Konflikts und spricht damit
18 der Ukraine eine Mitschuld an der völker-rechtswidrigen
19 Invasion ihres Landes zu. Eine Kritik in der angemesse-
20 nen Schärfe bleibt zu vermissen. Sein Verweis darauf,
21 dass Sanktionen wirtschaftlich nicht zu sehr schaden dür-
22 fen, verliert im Blick auf den Interessenkonflikt als direkt
23 von Wirtschaftssanktionen betroffener Aufsichtsratsvor-
24 sitzender jede Basis.

25
26 Auch im weiteren Kriegsverlauf, in dem nicht nur Putins
27 Krieg immer mehr die Zivilbevölkerung traf, sondern auch
28 immer mehr Personen und Firmen ihre Zusammenarbeit
29 mit Russland beendet haben, ist Gerhard Schröder nicht
30 bereit, sein Mandat als Aufsichtsratsvorsitzender von Ros-
31 neft aufzugeben. Gleichzeitig bezieht er weiterhin monat-
32 lich mehr als 10.000€ als ehemaliger Kanzler und bleibt
33 auch Mitglied der SPD.

34
35 Ein solches Verhalten ist nicht nur eines ehemali-gen
36 Kanzlers des demokratischen Deutschlands unwürdig, es
37 hat auch im Wertekanon der SPD keinen Platz.

38
39 Das Verhalten von Altkanzler Gerhard Schröder kann nicht
40 weiter als Teil der SPD stattfinden. Neben dem Leid, wel-
41 ches er damit Demokrat*innen in der Uk-raine und in ganz
42 Europa zufügt, schadet er damit direkt der SPD, weil seine
43 Aussagen direkt mit der SPD verbunden werden und viele
44 sie als Teilmeinung der SPD wahrnehmen können. Die SPD
45 unterstützt keine Autokrat*innen, keine Kriegstreiber*in-
46 nen und keinen Angriffskrieg. Solange sich Gerhard Schrö-
47 der weiter gegen diese Positionen äußert, schadet er der

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt bei Annahme 18/I/2022 (Konsens)

48 SPD.

|